

Beschluss Nr. VII/VV/03/01/2020

Beschluss der Verbandsversammlung am 11.12.2020

Beschlussgegenstand

Gesamtfortschreibung Regionalplan Westsachsen 2008 – Gesamtabwägung, Satzung, Einreichung zur Genehmigung und Wirksamwerden

Beschlusstext

- (1) Die Verbandsversammlung beschließt die Gesamtabwägung zu den im Verfahren erfolgten Offenlegungen ohne Maßgaben). Die nicht berücksichtigten Anregungen und Bedenken werden im Übrigen zurückgewiesen.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt die Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen 2008 zum Regionalplan Leipzig-Westsachsen einschließlich Umweltbericht zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) und „Zusammenfassender Erklärung“ zur Umweltprüfung (Bestandteile des Planwerks) ohne Maßgaben als Satzung (Anlage zum Beschluss).
- (3) Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, die Regionale Planungsstelle anzuweisen, die für das Genehmigungsverfahren erforderlichen Exemplare herzustellen. Die Regionale Planungsstelle wird ermächtigt, bei Bedarf nach dem Satzungsbeschluss festgestellte Fehler in der zur Genehmigung einzureichenden Planfassung nach eigenem Ermessen zu berichtigen, sofern diese nicht in die Festlegungssubstanz des Plans eingreifen.
- (4) Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, den Genehmigungsbescheid der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde nach Vorliegen zu prüfen und das Ergebnis der Verbandsversammlung vorzulegen. Bei Nichtvorliegen von Gründen gegen einen Beitritt des Verbands wird der Verbandsvorsitzende beauftragt, die zum Inkrafttreten des Plans erforderlichen Bekanntmachungsschritte einzuleiten.
- (5) Die Regionalplaninhalte werden mit der öffentlichen Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung des Regionalplans durch die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts wirksam.

Begründung

Die maßgeblichen Rechtsgrundlagen für das Verfahren zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen 2008 bilden das Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706) in Verbindung mit dem Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I, S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 159 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I, S. 1328).

Mit der Beschlussfassung zur Gesamtabwägung im Ergebnis der erfolgten Offenlegungen zum Planwerk nach § 9 Abs. 2 und 3 ROG i. V. m. § 6 Abs. 2 SächsLPIG trifft die Verbandsversammlung die Letztentscheidung zum Abwägungsprozess im Verfahren gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 und 3 der Verbandssatzung auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Planungsausschusses am 11.12.2020 (Beschluss Nr. VII/PLA/04/01/2020). Nach § 7 Abs. 2 SächsLPIG und § 1 Absatz 1 Satz 4 der Verbandssatzung vom 11. Juli 2019 (Amtlicher Anzeiger zum Sächsischen Amtsblatt, S. A 527) werden Regionalpläne durch die Verbandsversammlung als Satzung erlassen.

Gemäß § 7 und 8 ROG bzw. § 2 SächsLPIG sind die Festlegungen des Plans zu begründen. Das Planwerk muss darüber hinaus den Umweltbericht zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) sowie eine NATURA-2000-Erheblichkeitsprüfung zu den Festlegungen des Plans enthalten. Weiter sind die vorgesehenen Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Plans auf die Umwelt zu benennen („Zusammenfassende Erklärung“ als gesonderter Teil der Begründung).

Die Ausarbeitung der für das Genehmigungsverfahren erforderlichen Planexemplare erfolgt auf der Grundlage des Satzungsentwurfs in der Fassung vom 11.12.2020. Mit der Ermächtigung der Regionalen Planungsstelle zur Fehlerkorrektur wird Vorsorge für den Fall getroffen, dass zwischen Beschlussfassung und Genehmigungsantrag noch ein nicht festlegungsrelevanter punktueller Korrekturbedarf festgestellt werden sollte.

Mit der Beauftragung der Verbandsverwaltung zur Prüfung des Genehmigungsbescheids und des Verbandsvorsitzenden zur Einleitung der nach § 7 Abs. 4 SächsLPIG erforderlichen Bekanntmachungsschritte wird Vorsorge für den Fall getroffen, dass der Bescheid keine Auflagen und damit keine Beschlussnotwendigkeiten für die Verbandsgremien im Sinne eines Beitrittsbeschlusses oder einer rechtlichen Anfechtung enthält. Andernfalls ist der Genehmigungsbescheid der Verbandsversammlung zur Entscheidung über einen Beitrittsbeschluss vorzulegen.

Nach § 7 Abs. 3 SächsLPIG ist die Erteilung der Genehmigung im Veröffentlichungsorgan des Regionalen Planungsverbands als Voraussetzung für das Wirksamwerden bekannt zu machen. Nach § 10 der Verbandssatzung erfolgen öffentliche Bekanntmachungen im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts. Darüber hinaus ist der Raumordnungsplan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Absatz 3 des Raumordnungsgesetzes in das Internet einzustellen.

Beratungsergebnis

Beratung am: 11.12.2020

Stimmen dafür: 11

Stimmen dagegen: 0

Stimmenthaltungen: 1

Beschlussfassung laut Beschlussvorschlag:* X

Abweichender Beschluss:*

** Zutreffendes ankreuzen*

Beschluss Nr. VII/VV/03/01/2020



Henry Graichen
Verbandsvorsitzender